

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 88, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedruckt in der Reichsdruckerei. Berlin S.W. 88, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Die englischen Kabinettsbeschlüsse.

Bemerkungen zur französischen Antwort.

Paris, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Botschafter in Paris hat am Freitag dem französischen Außenminister Briand eine Note überreicht, die die Bemerkungen der englischen Regierung zu dem ihr mitgeteilten Entwurf der französischen Antwort auf das deutsche Garantieangebot enthält. Die Note gibt die in dem jüngsten Londoner Kabinettsrat gefassten Beschlüsse wieder. Die Morgenblätter teilen darüber mit, daß die von Frankreich entworfenen Gedankengänge in zahlreichen Punkten die Zustimmung des englischen Kabinetts gefunden haben und daß dieses sich insbesondere die französische Auffassung zu eigen gemacht habe, daß der Garantiepakt unter keinen Umständen zu einem Hindernis für Frankreich werden würde, gegebenenfalls seinen polnischen und tschechoslowakischen Verbündeten zu Hilfe zu kommen. Dagegen lehne England jede Garantie für die Ostgrenze ab. Trotzdem scheinen die vom englischen Kabinettsrat gefassten Beschlüsse die Fortsetzung der eingeleiteten Verhandlungen unter günstigen Umständen zu ermöglichen. Das französische Außenministerium werde die englische Note eingehend prüfen und darauf mit einer neuen Darlegung des französischen Standpunktes antworten. Da die Reise Chamberlains zum Völkerbundsrat in Genf schon in der nächsten Woche Gelegenheit zu einer direkten Aussprache mit Briand geben werde, entweder in Paris oder in Genf, sei mit einer raschen Einigung zu rechnen, so daß die französische Antwort spätestens in der zweiten Juniwoche überreicht werden könne.

Ein bemerkenswerter Kommentar des „Daily Telegraph“.

London, 30. Mai. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Denkschrift umschreibt die britische Auffassung von der Grundlage eines Sicherheitspactes, die allein für die Kabinette des Reiches und der Dominions annehmbar ist. Die in diesem Zusammenhang gemachten praktischen Erwägungen stellen das Höchstmaß der Zugeständnisse dar, über welches das britische Reich nicht hinausgehen kann, nämlich einen einfachen und gegenseitigen Pakt zwischen den westlichen Mächten und Deutschland. Es wird dabei den Alliierten Englands eindringlich zum Bewußtsein gebracht, daß es ratsam wäre, bei den Erörterungen mit den Deutschen die Vorkonzepte auf größere Gesichtspunkte zu beschränken ohne Ausarbeitung von Einzelheiten, die zu Schwierigkeiten führen können. Die Klarheit und Bestimmtheit, mit der der britische Standpunkt dargelegt wird, sollte mindestens dazu führen, den künftigen Erörterungen einen festen Mittelpunkt zu geben und mögliche Streitigkeiten über Punkte, die für einen für Großbritannien annehmbaren Pakt bedeutungslos sind, zu verhindern.

Der Berichterstatter fährt fort: Die Auffassung der diplomatischen und politischen Kreise über die Stellungnahme der französischen Regierung zu der britischen Denkschrift ist geteilt. Vielfach wird angenommen, daß eine englisch-französische Vereinbarung auf der von der Denkschrift vorgeschlagenen Grundlage ohne lange Verzögerung erreicht werden, und daß eine gemeinsame Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschlüsse spätestens Mitte des nächsten Monats erfolgen wird. Andere, deren Auffassung der diplomatische Berichterstatter zu teilen erklärt, sind dagegen der Meinung, daß Briand und der Quai d'Orsay sich nicht bereit zeigen würden, sich von der Politik zu entfernen, nach der Frankreich sich hauptsächlich auf die militärischen Streitkräfte Polens und der Tschechoslowakei verläßt. Es ist nicht unmöglich, daß die französische Diplomatie jetzt Italien zu überreden versuchen wird, sich an einer besonderen Vereinbarung mit der Tschechoslowakei und Polen zu beteiligen, wobei die Aufrechterhaltung und Verschärfung des Vetos gegen eine österreichisch-deutsche Vereinigung und eine Garantie des Brenner-Passes im Austausch für eine Garantie der deutsch-polnischen, deutsch-tschechoslowakischen und österreichisch-deutschen Grenze durch Italien angeboten werden würde. Es wird

vielleicht Wochen, wenn nicht Monate dauern,

bis die französische Regierung und das französische Volk bereit oder geneigt sein werden, sich klar zu machen, was das letzte britische Angebot bedeutet, bzw. was seine endgültige Ablehnung für die Sicherheit Frankreichs bedeuten würde. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß die Neigung, die Wichtigkeit des britischen Angebots für die Sicherheit der Grenzen Frankreichs zu erkennen, sich unter der großen Masse des französischen Volkes eher ausbreiten wird als in den amtlichen oder nationalen Kreisen in Paris. Die belgische öffentliche Meinung hat von vornherein die große Bedeutung einer deutschen, durch Großbritannien mit unterzeichneten Garantie für Belgien erkannt. Bei den jetzigen Besprechungen mit Frankreich wird britischerseits stark unterstrichen, welches Opfer es für das britische Reich bedeutet, wenn es im Interesse seiner westlichen Alliierten von der traditionellen Politik des Beiseitefahrens abgeht, und ebenso,

welches Opfer es für Deutschland bedeutet,

in förmlicher Weise auf alle Gedanken an Krieg und auf alle Hoffnungen auf Wiedereroberung Elsaß-Lothringens zu verzichten. Der Berichterstatter bemerkt noch, Chamberlain und seine Kollegen schienen von dem ehrlichen Willen der deutschen Regierung „trotz ihres nationalisistischen Aussehens“ vollkommen überzeugt zu sein.

Französische Polizeiwirtschaft.

Das verbotene Deutschlandlied.

Bohum, 30. Mai. (Mit.) Das französische Militärgericht hatte sich erneut mit dem Verbot des Deutschlandliedes zu befassen. Angeklagt waren die Ehefrau Müller und der Gutsbesitzer Adalbert Wilhelm aus Gerthe, als Leiter einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Gerthe nicht verhindert zu haben, daß die Versammlung das Deutschlandlied anstimmte. Die Angeklagten wandten vor Gericht ein, daß das französische Zivilkomitee bei Gelegenheit einer früheren Versammlung derselben Partei den Gesang des Deutschlandliedes gestattet habe. Der Vor-

sihende bezweifelte, daß das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ den Namen „Deutschlandlied“ führe. (1) Die Angeklagten legten daraufhin dem Gericht ein Lieberbuch vor, in dem das von dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert zur Nationalhymne erklärte Lied überschrieben ist: „Lied der Deutschen“. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte Verurteilung. Die Verteidigung betonte, daß zwischen den Bezeichnungen „Deutschlandlied“ und „Lied der Deutschen“ nur ein sprachlicher Unterschied, nicht aber ein inhaltlicher Unterschied bestehe. Das Gericht verurteilte den Gutsbesitzer Wilhelm zu 100 M. und Frau Müller zu 300 M. Geldstrafe.

Es ist erstaunlich, mit welchem Stumpfsinn in einzelnen Fällen offenbar untergeordnete Organe der französischen Befehlsbehörden vorzugehen belieben. Das Verbot des Deutschlandliedes und die Verhängung von Geldstrafen für die Uebertretung eines solchen Verbotes ist von einer so grotesken Lächerlichkeit, daß wirklich die Pariser Regierung sich veranlaßt fühlen sollte, gegen diesen Unfug einzuschreiten. Die kleinlichen Polizeischikanen der Befehlsbehörden entsprechen ganz gewiß nicht dem, was man von der Regierung Poincaré mit Recht erwarten kann. Diese Ueberbleibsel der Poincaré-Methoden sollten so schnell wie möglich zum Verschwinden gebracht werden.

Beamtenabbau in Oesterreich.

Wien, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Finanzminister kündigte am Freitag neue Sparmaßnahmen an, zu denen sich Deutsch-Oesterreich auf Grund der Forderungen des Völkerbundes entschließen muß. Vor allem soll ein weiterer Abbau von Beamten und staatlichen Arbeitern vorgenommen werden. In erster Linie wird der Apparat des Finanzministeriums verkleinert werden. Dieser soll in Zukunft nur aus drei Abteilungen bestehen: Für Einnahmen, für Ausgaben und für die Vermögens- und Schuldenverwaltung. Statt 32 Sektionen mit 183 Departements sollen die Zentralämter in Zukunft nur noch 20 Sektionen mit 102 Departements zählen. Um die Arbeitszeit der Beamten voll auszunutzen, hat der Ministerrat beschloffen, für sämtliche Staatsangestellte Kontrollbücher und Anwesenheitslisten einzuführen.

Korruption in Südslawien.

Eine Anklage gegen den Justizminister.

Belgrad, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag haben 60 Abgeordnete der Opposition beim Präsidenten der südslawischen Kammer eine Anklage gegen den Justizminister eingebracht. Dieser wird beschuldigt, den südslawischen Staat dadurch schwer geschädigt zu haben, daß der Justizminister dem Grafen von Thurn und Taxis seine Güter, die der Staat beschlagnahmt hatte, wieder zurückgegeben und dafür sich Vergütungen habe zahlen lassen.

Internationale Kundgebung.

Englische Sportgenossen in Leipzig.

Leipzig, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer großen internationalen Kundgebung kam es am Freitag abend anlässlich des Empfangs der englischen Sportgenossen. Tausende von Menschen hatten sich am Hauptbahnhof eingefunden und trotz der Absperrung war es nicht möglich, die Arbeitermassen zurückzudrängen. Circa 20 000 Menschen marschierten im Demonstrationzug und boten so ein gewaltiges Ereignis, was seit Jahren in Leipzig nicht mehr zu verzeichnen war. Trotz des Riefenaufmarsches sind Unfälle mit Ausnahme von einigen Ohnmachtsanfällen nicht vorgekommen.

Pleite!

Die Schwierigkeiten der „Nationalpost“.

Das offizielle Organ der Berliner Deutschnationalen, die „Nationalpost“, ist sehr schlecht finanziert. Klagen von Mitarbeitern, von Angestellten, von Lieferanten, die vom Verlag der „Nationalpost“ keine Honorare, Gehälter, Bezahlung für Lieferungen erhalten konnten, sind der Berliner Presse häufig zugegangen. Der Ruf: „kein Geld da“ muß Herrn Laverrenz, dem Herausgeber der „Nationalpost“, schließlich so zur Gewohnheit geworden sein, daß er ihn nicht mehr hörte.

Jetzt aber scheint Matthäi am letzten zu sein. Heute teilt die „Nationalpost“ ihren Lesern vielsagend mit:

„Die gestrige Nummer der „Nationalpost“ konnte leider aus verlagstechnischen Schwierigkeiten nicht zur Ausgabe gelangen; aus dem gleichen Grunde erscheint die heutige Ausgabe nur mit sechs Seiten Umfang.“

Das sieht doch ganz danach aus, als ob der Drucker ohne Bezahlung nicht mehr mitmachen wolle. Die Pleite ist also nahe. Nachdem Herr von Voebell Herrn Laverrenz die Sanierung auf Kosten der Hindenburgwahl verfallen hat, kommt nun das traurige Ende.

Wenn Herr Laverrenz ehrlich ist, wird er sich sagen, wenn er an die traurige Perspektive denkt, daß aus der „Nationalpost“ wieder ein im Verborgenen blühendes Wochenblatt werden soll: „So sind nun die Deutschnationalen, Schützlinge wollen sie, um Geld zu machen; wir sollen uns für ihr Portemonnaie die Finger wund schreiben, aber nicht einmal eine Zeitung wollen sie finanzieren!“

Faschistisches Parlamentspiel.

„Einstimmige“ Kammerbeschlüsse.

Rom, Ende Mai 1925.

Einstimmig hat die italienische Kammer das Gesetz zur Einschränkung des Vereinsrechtes angenommen. Es ist in hohem Maße charakteristisch für das heutige parlamentarische Leben in Italien, daß dieselbe Kammer wenige Tage vorher, als die Annahme desselben Gesetzes zum erstenmal zur Abstimmung kam, nicht beschlußfähig war. Die Mehrheit kommt eben nicht in die Kammer, um irgendwelche Ansichten zu vertreten, sondern um sich diszipliniert den Forderungen des Parteioberschlusses zu beugen. Bei der ersten Abstimmung war eben die Disziplin nicht bei Kräften, für die zweite hatte ihr ein energischer Ruffel aufgeholfen: eine eigene Ueberzeugung in der zur Frage stehenden Sache hatte die „einstimmige“ Kammer so wenig wie die beschlußfähige.

Und dabei handelte es sich nicht um eine Bagatelle. Der ausschlaggebende Paragraph des mit 304 Stimmen angenommenen Gesetzes lautet:

„Alle Vereine, Körperschaften und Institute, die im Königreich gegründet sind oder in ihm wirken, sind verpflichtet, der Polizei ihre Gründungsurkunde, ihr Statut, ihre Reglements, die Namenliste ihrer Leiter und Bormalter sowie der Mitglieder einzureichen und alle Informationen über ihre Organisation und Tätigkeit zu liefern, sobald die oben genannte Behörde sie aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung fordert.“

Die Pflicht dieser Mitteilung gilt für alle, die leitende oder vertretende Funktionen in den Vereinen, Körperschaften und Instituten ausüben, sowohl der Zentrale als in den Zweigorganisationen, und es ist ihr innerhalb zweier Tage nach der Kundgebung der Forderung Folge zu leisten. Zuwiderhandelnde werden mit Haft nicht unter drei Monaten und mit Buße von zweltauftausend bis sechs-tausend Lire bestraft. Wenn willkürlich falsche oder unvollständige Angaben gemacht worden sind, ist Zuchthaus nicht unter einem Jahre und Buße von 5000 bis 30 000 Lire zu verhängen sowie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre.“

Mussolini hat dieses Gesetz ausdrücklich als gegen den Freimaurerorden gerichtet bezeichnet und hat es damit begründet, daß dieser Orden die faschistische Partei bekämpfe. Man müsse, hat er gemeint, „den Freunden so wenig wie möglich übles tun, und den Feinden so viel wie möglich“. Somit ist die Gesetzgebung des italienischen Staates zu einer Handhabe der Parteiliche avanziert. Wer den Faschismus schief ansieht, gegen den macht der Staat ein Gesetz!

Das Gesetz bringt weiter eine Einschränkung, oder fast eine Aufhebung des Koalitionsrechtes der Beamten. Alle Angestellten des Staates, der Provinzen und Gemeinden oder von Institutionen, die von diesen Körperschaften abhängen, werden entlassen, „wenn sie Vereinen usw. angehören, die, sei es auch nur teilweise, in heimlicher und verborgener Weise wirken oder ihre Mitglieder in irgendeiner Weise zur Geheimhaltung verpflichten.“

Wenn der Justizminister nicht hinzugefügt hätte, daß „das Gesetz die von der katholischen Kirche anerkannten Assoziationen nicht betreffen“ könne, so läge in dem Wortlaut die Aufhebung eines großen Teils der geistlichen Orden eingeschlossen. Immerhin ist es klar, daß dem Wortlaut nach die vom Staate bezahlten Pfrarrer, die zum Beichtgeheimnis verpflichtet sind, sofort zu entlassen wären. Andererseits brauchte die katholische Kirche z. B. nur die christlichen Gewerkschaften anzuerkennen, um sie von der Polizeiaufsicht zu befreien. Da alle Mitglieder des faschistischen hohen Rates zur Geheimhaltung seiner Verhandlungen verpflichtet sind, müssen sie zweifellos, soweit sie vom Staat, von den Provinzen oder den Gemeinden angestellt sind, sofort entlassen werden.

Die Knebelungsmöglichkeiten des Gesetzes sind unerschöpflich, und wenn sich der Faschismus nicht für unsterblich, sein Regime nicht für ewig hielte, würde er es sich wohl zweimal überlegen, ehe er eine derartige Waffe der Regierung zur Verfügung stellte. Man denke sich nur aus, was für einen Vorteil es für die Unternehmer und für die faschistischen Syndikate hat, nicht mehr auf eigene Kosten schwarze Listen führen zu müssen, sondern bloß beim Polizeidirektor anrufen zu können, um etwa die Liste aller gewerkschaftlich organisierten Angestellten ihres Betriebs oder ihrer Branche zu erlangen. In Molinella z. B. bezüge man die Liste für die nächste Strafexpedition einfach durch die Polizei, der sie der Gewerkschaftsbund selbst aushändigen muß, wenn nicht Genosse d'Aragona und das ganze Exekutivkomitee auf mindestens ein Jahr ins Zuchthaus wandern will. Hoffentlich ist schon eine faschistische Aktiengesellschaft zum Bau neuer Zuchthäuser gegründet: wie soll die Fülle der Verbrecher in den bestehenden Anstalten Platz finden.

Mit dem Tage der Annahme des Gesetzes ist die italienische Lira in bisher beispielloser Weise im Kurswert gesunken. Schweizer Franken, die am 7. Mai auf der Mailänder Börse 471 standen, stiegen am 19. Mai auf 480, das englische Pfund in derselben Zeit von 118,20 auf 120,60, der Dollar von 24,36 auf 24,80, die Goldmark von 5,79 auf 5,90 usw. Das ganze sieht dem Beginn einer Panik fürchtbar ähnlich. Handelt es sich hier um eine Aktion der Börsen von New York und London, in denen der Einfluß des Freimaurerordens beträchtlich sein soll? Oder spielt die Haltung Amerikas in Sachen der interalliierten

Schulden eine Rolle? Gegen diese Annahme spricht der Umstand, daß die Vira auch gegenüber dem französischen Franken gefallen ist, den die Schuldenfrage ebenso treffen sollte und der doch von 126,6 auf 128 gestiegen ist. Schließlich könnte man für die kritische Lage der Vira auch die eigenartige Haltung verantwortlich machen, die die italienische Regierung und ihre Partei (oder richtiger wohl: die faschistische Partei und ihre Regierung) im Hinblick auf einen möglichen Krieg annimmt. In Zeiten so strenger Penurie wie den heutigen gewinnt es in der Tat einen starken Beigeschmack von Offiziosentum, wenn ein römisches Faschisten schreiben darf:

„Der Faschismus kann seine ungeheure Aufgabe nun und nimmer auf rein politischem Boden lösen. Er quillt aus dem Krieg und in einen Krieg muß er ausmünden. Unser Land wird nichts zustande bringen, ohne einen großen Krieg, den wir nicht provozieren, nicht suchen werden, aber mit dem heitern Mut der Völker auf uns nehmen, die auserlesen sind, die Welt zu beherrschen. Das italienische Volk ist ein Volk der Gläubigen, der Krieger, der Kämpfer, das die Zukunft erobern wird mit dem mächtigen Feuer seines Glaubens, durchwirkt von Besang und durchblüht von Selbstliebe... das nach der Expansion des Herrschers schreit und kraft eines überlegenen göttlichen Rechts vorwärts stürmt, nicht um Reizen zu brechen, sondern um Raum zu erobern für seinen mächtigen Atem.“

Freilich sollte man denken, daß ein solch blöder und effer Schwulst die Börse nicht beeinflussen kann; wenn die Vira jedoch fiele, wenn einem beim Lesen faschistischer Prosa Brechreiz ankommt, so wäre sie schon bei den Dimensionen der Inflationsmark angekommen. Aber bald nach diesem imperialistischen Anschlag sagte Mussolini im Senat, als er die Vereinigung von Krieg, Marine und Luftschiffahrt in einem Ministerium forderte: „Diese Koordination ist angesichts der heutigen Weltlage dringend. Es ist keine Zeit zu verlieren und ich will nicht die Verantwortung auf mich nehmen, daß die Nation einer möglichen Kraftprobe unvorbereitet gegenübersteht.“ Der von einem Blatt des Ministerpräsidenten erwähnte Krieg liegt also so nahe, daß man sich Hals über Kopf für ihn rufen muß. Solche welterschütternden Bedürfnisse der Schwerindustrie könnten schon die Börse beeinflussen.

Auf alle Fälle: eine „einstimmige“ Kammer ist hergestellt. Kann sich der Faschismus in der inneren Politik nicht ausleben — und welche Rechte blieben ihm, die er noch nicht aufgehoben hätte? —, so wird er sich erobernd auf die Welt stürzen. Die Welt aber wartet ab, was bei dem Hin- und Herpendeln zwischen Beschlussfähigkeit und Einstimmigkeit weiter herauskommt.

Im Zeichen Schieles.

Das Oberverwaltungsgericht gegen die Reichsfarben.

Mit dem Konflikt zwischen dem preussischen Innenminister und dem Magistrat von Potsdam hatte sich das Oberverwaltungsgericht in seiner letzten Sitzung zu befassen.

Am 16. Juli vorigen Jahres war ein Erlaß des Preussischen Staatsministeriums veröffentlicht worden, in welchem auf die Bedeutung des Tages der Weimarer Verfassung hingewiesen und angeordnet worden war, daß sämtliche Dienstgebäude des Staates und der Selbstverwaltungskörpers am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen hätten. Nachdem wegen der am Verfassungstage beabsichtigten Feierlichkeiten eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der Staatsbehörden und der Stadt Potsdam stattgefunden hatten, in welcher aber die Flaggenfrage nicht besonders berührt worden war, schickte der Potsdamer Magistrat am 8. August den Beschluß, daß er es ablehne, am 11. August auf den städtischen Gebäuden zu flaggen.

Im Hinblick auf § 15 des Zuständigkeitsgesetzes beauftragte der Oberbürgermeister von Potsdam auf Anweisung des Staatsministeriums diesen Beschluß, da nach dem Ministerialbeschluss am 11. August sämtliche städtischen Gebäude zu

flaggen hätten; der Magistratsbeschluss, welcher das Flaggen ablehne, sei gesetzwidrig. Gegen diese Beauftragungsverfügung erhob der Magistrat von Potsdam Klage und betonte, der Ministerialerlass überschreite das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden; ein großer Teil der Potsdamer Bevölkerung stände auch dem Wechsel der Reichsflaggen ablehnend gegenüber; der Magistrat habe den Beschluß des Staatsministeriums nicht für verbindlich erachtet.

Der Bezirksausschuss hob auch die Beauftragungsverfügung des Oberbürgermeisters auf und führte aus, § 15 des Zuständigkeitsgesetzes bilde kein generelles Mittel, um irrigen Aufstellungen städtischer Behörden entgegenzutreten.

Gegen dieses Urteil legte der Oberbürgermeister von Potsdam Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein und betonte, der Magistratsbeschluss sei nur nach dem Wortlaut negativ, inhaltlich ähnelnd er aber praktische Wirkungen; allerdings sei der 11. August 1924 verfallen; die Angelegenheit werde aber am 11. August 1925 praktische Bedeutung haben. Der Magistrat wies darauf hin, daß das Flaggen auf den städtischen Gebäuden eine städtische, aber keine staatliche Angelegenheit sei.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte alsdann die Vorentscheidung als zutreffend und führte u. a. aus, die Vorentscheidung entspreche durchaus dem geltenden Recht, wie es in ständiger Rechtsprechung vom Oberverwaltungsgericht angewandt worden sei.

Diese Entscheidung gibt allen reaktionären Stadtverwaltungen einen Freibrief, auf allgemeine Anordnungen des Staatsministeriums zu pfeifen. Sie wirkt darüber hinaus als eine Fronde des Oberverwaltungsgerichts gegen die Reichsfarben, wie sie jetzt unter dem deutschnationalen Reichsminister Schiele amtlich begünstigt wird!

Der Gesandte und die Reichsfahne.

Ein Erlebnis in Mexiko.

Ein mexikanischer Staatsbürger, der aus Mexiko hier anlangte, erzählt der „Berliner Volkszeitung“ folgende wahre Begebenheit:

Als die deutschen Matrosen vom Kreuzer „Berlin“ vor einigen Monaten Mexiko besuchten, zogen die zahlreichen deutschen Bewohner Mexikos die alte Flagge Schwarz-Weiß-Rot auf.

General Morones, oberster Polizeichef der mexikanischen Republik, ließ nunmehr bei allen schwarzweißroten Flaggenhissern anfragen, was diese Farbenpracht zu bedeuten habe, gleichzeitig ließ er sie alle verhaften.

Die Folge war eine Intervention des deutschen Gesandten Dr. Will, der sich direkt zum Präsidenten der Republik, Calles, begab, um die sofortige Freilassung seiner Landsleute und den Schutz der Farben Schwarz-Weiß-Rot zu erlangen.

Präsident Calles, der vor etwa Jahresfrist als Gast in Deutschland geweilt, entgegnete dem deutschen Gesandten: „Das mexikanische Strafgesetzbuch verbietet das Hissen von fremden Flaggen, deren Farben nicht vom eigenen Lande anerkannt sind. Der deutsche Gesandte möchte doch so freundlich sein, ihm mitzuteilen, welches die verfassungsmäßigen Farben der deutschen Republik seien.“

Beschämt mußte Dr. Will eingestehen, daß sie nicht Schwarz-Weiß-Rot seien. Infolgedessen bestätigte der Präsident von Mexiko das Flaggenverbot, und der Polizeichef belegte die nationalistischen Deutschen, die ihre eigene Verfassung vor dem Auslande lächerlich machten, mit einer Ordnungsstrafe von je 60 Dollar.

Für die Richtigkeit dieser Darstellung müssen wir dem zitierten Blatt und seinem Gewährsmann die Verantwortung überlassen. Aber wenn sie richtig ist, so haben die Deutschnationalen in Mexiko ihrem Vaterlande und dessen amtlichen Vertretern eine furchtbare Blamage zugefügt. Es ist freilich nicht das erstemal, daß fremde Regierungen bei den amtlichen Vertretungen der deutschen Republik anfragen müssen, welches denn die Reichsfarben seien. Selbst nachdem Hindenburg sie beschworen hat, gibt es noch immer fogar Reichsbeamte, die sie nicht kennen wollen!

Deutsch-schwedischer Luftverkehr. Im schwedischen Ministerium des Äußeren wurde ein deutsch-schwedisches Abkommen, betreffend die vorläufige Regelung des Luftverkehrs zwischen Schweden und Deutschland, unterzeichnet.

Reiniger Deutschlands.

Knüppel-Kunze und Wahrheit-Bruhn.

Herr Bruhn, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und „Wahrheit“-Redakteur fählt sich durch und beleidigt. Er will ein Ehrenmann sein. Seine politischen Freunde denken offenbar anders über ihn. Wenigstens Herr Richard Kunze scheint von Bruhns Unbestechlichkeit nicht überzeugt zu sein. Wenigstens veröffentlicht die „Berliner Volkszeitung“ einen Brief Kunzes an Bruhn, der ein unverblühtes Angebot enthält. Der Brief lautet wörtlich:

Berlin-Friedenau, den 3. 5. 1923.

Sehr geehrter Herr Bruhn!

Den Empfang Ihres lieben Schreibens vom 1. cr. bestätige ich Ihnen dankend, was unsere neue Einstellung zur intensiven Ausdehnung unserer Arbeit durch Flugblätter betrifft, würde ich mit Ihnen vollkommen akkord gehen. Nur bitte ich Sie, mich einmal in der nächsten Zeit zu einer Besprechung aufsuchen zu wollen. Nun möchte ich gern von Ihnen Unterstützung in einer Angelegenheit, welche aus dem Allgemeininteresse sich in eine persönliche Sache ausgeartet ist. Es handelt sich um die Ihnen ja sicherlich auch bekannte Angelegenheit Laube. Laube, ein national gefinnter Mensch, dem meine Partei sehr viel verdankt, lebt in widerlicher Fehde mit dem im selben Hause wohnenden Gallier Wachtel. Wachtel hat das größte Interesse daran, daß Laube seine Wohnung räumt. Dieses wäre dem Wachtel natürlich möglich, wenn er den Nachweis erbringen könnte, daß der Hotelbesitzer Laube Knüppel gewerbsmäßig betreibt. Ich selbst hege, nach einer Rücksprache mit Laube, die Befürchtung, daß Wachtel dieser Nachweis durchaus nicht schwer fallen würde. Laube gab mir unter vier Augen unumwunden zu, daß bei seinem Beruf es absolut nicht immer so ernst genommen werden kann.

Ich erwähne Ihnen gegenüber das, damit Sie sich von der Schwierigkeit unserer Aufgabe kein falsches Bild machen. Es gilt also in erster Linie, den Angriffen des Wachtel zuvorzukommen. Man kann gegen dieses Gesindel nicht scharf genug vorgehen. Daß unsere Mittel nicht immer ganz einwandfrei sind, liegt auf der Hand, aber wir müssen eben etwas jeitlich denken. Im übrigen entscheidet lediglich der Erfolg. Ich bin mir klar bewußt, daß im Falle einer Beweisaufklärung, z. B. bei einem Prozeß, daß alle Angriffe gegen Wachtel stark abgeschwächt werden oder in sich zusammenfallen. Hoffentlich wird man mir in diesem Falle die Wahrung berechtigter Interessen zubilligen. Was ich von Ihnen nun möchte, ist eine Unterstützung dieser Angelegenheit durch die „Wahrheit“. Sie könnten auch in diesem Falle bestimmt auf einen größeren Inseratenabschluß mit Laube rechnen. Die Hauptsache ist, daß dieser jüdische Schmaroger geschäftlich hier in Deutschland unmöglich gemacht wird. Ihrer Stellungnahme entgegengehend, verbleibt mit deutschem Gruß

Der Brief Kunzes spricht für sich. Seine Mittel sind nicht immer ganz einwandfrei“ und von Bruhn legt er das selbe voraus. Der ehrenwerte Inhaber des Absteigequartiers, Herr Laube, hat sich später des unangenehmen „Galliers“ auf sehr einfache Art erledigt. Er hat ihn am Tage der Präsidentenwahl einfach über den Haufen geschossen. Das sind die „Retter Deutschlands“ und ihre Freunde.

Beschimpfung der Reichsfarben.

Bei einer offiziellen Schulfeier.

Anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Realschule zu Braunschweig wurde dieser Tage mit der Schülerschaft ein Fackelzug veranstaltet. Ein Teil des Zuges unter Führung des Professors Wilhelm demonstrierte vor der Wohnung eines sozialdemokratischen Stadtverordneten und Mitglieds der Realschulkommission gegen die dort angebrachte Dekoration mit schwarzrotgoldenen Fähnchen durch laute, lautmächtig im Chor während der ganzen Dauer des Vorbemarsches wiederholte „Fu!-Fu!“

Wegen dieses Vorganges, der sich als Ausfluß systematisch betriebener, mordpatriotisch-nationalistischer Verhöhnung der „höheren“ Schüler darstellt, ist natürlich Beschwerde erhoben worden, auf deren Ergebnis man gespannt sein darf.

Graf Coudenhove-Kalergi, Gründer und Leiter der Paneuropäischen Union in Wien, spricht am Sonnabend, den 6. Juni, abends 1/8 Uhr pünktlich im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats, Bellevue-Strasse 15, über die Paneuropa und wird im Anschluß einschlägige Fragen beantworten.

Die Badereise.

Von Emil Rath.

Nun beginnt die wunderbare Zeit, in der die Schokoladeneisverkäufer Bombengeschäfte machen und melancholisch nachgeschleifte Spazierstöcke in aufgeweichtem Asphalt unergängliche Spuren hinterlassen. Boedeler werden gewälzt, Zeigefinger beiderlei Geschlechts fahren unentwegt in den falschen Kolonnen der Kursbücher auf und nieder, damit der einzige Anschluß auch prompt verpaßt werde.

Die Arbeitgeber haben schlaflose Nächte. Nächtlich perlen auf ihren hungrigen Stirnen saure Schweißtropfen. Ihre Brust leuchtet unter dem furchtbaren Alp der Frage, woher sie in den Sommermonaten Ersatz für die beurlaubten Arbeitnehmer herbekommen. Denn für sie steht das eine fest: sie werden in diesem Sommer auf Urlaub verzichten und im Winter an die Riviera fahren.

Und wenn die Arbeitgeber genügend schlaflose Nächte geopfert haben, hüllen sie sich in die berausenden Duftwolken starker Rothändeligaretten und lassen die Arbeitnehmer einen nach dem anderen in ihr Arbeitszimmer bitten.

„Bitte nehmen Sie doch Platz, Herr Müller! Sie sehen so angegriffen aus. Sie sollten an die See fahren!“

„Recht gern, Herr Direktor! Wann dürfte ich fahren?“

Und der Direktor schaut in einer sorgsam ausgearbeiteten Tabelle nach.

„Sie sind nun schon fünf Jahre in dieser Treitmühle — jamohl, Treitmühle. Ich kann es Ihnen nachfühlen — mir geht es selber so — und müssen wirklich einmal ausspannen, alle Sorgen dahinten lassen. Wieviel Urlaub wünschen Sie?“

„Wenn es nicht unbedenklich ist: zehn Tage, Herr Direktor!“

Der Direktor läßt vor Schreck seine Rothände ausgehen, schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und sagt bedauernd:

„Müller, dann sind Sie ja kaum angelangt — sagen wir mal, vier Wochen. Ist Ihnen das recht?“

„Ja, und wie steht es mit dem Arbeitslohn?“

Der Direktor bietet Müller eine dicke Havanna an und jagt bedächtig:

„Sicherlich ist Ihnen damit gedient, wenn ich Ihnen den Lohn für die vier Wochen im voraus zahle, nicht wahr? Sehen Sie — mir liegt an Badereisen gar nichts mehr. Jeden Sommer Riviera, jeden Winter Riviera — nein, ich will mich wirklich einmal ausruhen. Sie wissen gar nicht, wie aufregend solche Reisen sind. Nicht einmal das eigene Auto hat mehr Reiz. Ich stelle es Ihnen mit samt meinem Chauffeur für die vier Wochen zur Verfügung. Wohin wollten Sie denn fahren? Nach Budow? Mein Gott — Budow ist ja von meinen Kollegen überlaufen — wie wäre es denn mit Biarritz? Die teure Fahrt? Aber das spielt doch gar keine Rolle, Müller! Sie bekommen doch das Fahrgeld von der Firma im

voraus erhalt! Und dann noch eins: denken Sie nicht an die Fabrik. Widmen Sie sich ganz Ihrer Familie. Sie hat ja so wenig von Ihnen. Der anstrengende Achttundentag — ganz abgesehen von der ermüdenden Fahrt —“

„Alles sehr schön, Herr Direktor, aber ich habe keine Koffer.“

Der Direktor lächelt herablassend: „Reisegarabode und -koffer stellt Ihnen selbstredend die Firma leihweise zur Verfügung. Sie können natürlich mit diesem Anzug — wie lange tragen Sie ihn schon? Sechs Jahre? — ja, mit diesem Anzug können Sie unmöglich nach Biarritz gehen. Sie müssen sich unbedingt einen Frack mitnehmen.“

Müller geht, und dann kommt Kollege Schulze an die Reihe. Und in der Werkstatt, im Bureau ist es so hell von allen den strahlenden Gesichtern, und der hohe Chef sitzt selbstzufrieden im Klubstuhl und bläst aus der scheußlichen Rothändeligarette Ringe in die Luft. Es geht doch nichts über Menschlichkeit. Ja, jedem Arbeitenden seine Badereise.

Und in Biarritz, Ostende, Monte Carlo wimmelt es nur so von kleinen Leuten, die zum erstenmal in ihrem Leben eine Badereise machen.

Ist der Gedanke nicht gut? Ra also! Aber es ist eigenartig mit allen guten Gedanken: sie werden von Hunderttausenden gedacht, und jeder scheut sich, sie in die Tat umzusetzen. Aus Furcht für einen Wohltäter oder für einen Renegaten gehalten zu werden!

Die Stadt London und Karl Marx. An einer versteckten Stelle des „Daily Telegraph“ vom 25. Mai findet sich die folgende Notiz, die auf dem Kontinent mehr Beachtung finden dürfte als in London selbst:

„Im Oktober des vergangenen Jahres nahm der Londoner Grafschaftsrat eine Resolution an, die von Mr. Morrison (dem Londoner Sekretär der Labour Party, Ann. d. Heber.) eingebracht worden war, durch die ein Komitee der Londoner Sozialverwaltung sich über die Frage entscheiden sollte, ob eine Erinnerungstafel an Karl Marx' Londoner Wohnhaus von Seiten des Grafschaftsrates anzubringen wäre. Das Komitee hat sich in der Zwischenzeit mit Mr. Morrison ins Benehmen gesetzt und teilt nunmehr mit, daß nach seiner Meinung kein Anlaß für den Grafschaftsrat bestehe, an einem der Häuser, in denen der verstorbenen Karl Marx gewohnt hat, eine Erinnerungstafel anzubringen.“

Es dürfte nunmehr an der Internationale, die bekanntlich (noch) in London ihren Sitz hat, liegen, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und eine solche Erinnerungstafel anzubringen. Allerdings dürfte die Entscheidung nicht ganz leicht sein, an welchem der beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Häuser eine solche Tafel am besten Platz findet: an dem Hause, in dem Marx einen Großteil seiner entscheidenden theoretischen Werke geschrieben, oder an dem Hause, in dem er starb. Die Entscheidung dürfte wohl zugunsten des ersten fallen, nicht nur, weil es sinnvoller ist, sich des Ortes zu bemerken, in dem Marx Werke von solcher internationaler Be-

deutung geschaffen hat, sondern auch deshalb, weil das Sterbehäus Karl Marx' eines jener typischen höflichen Großstadthäuser des 19. Jahrhunderts darstellt, die früher oder später gesünder und weniger umgestalteten Wohnhäusern Platz machen müssen — während das erstere wohl eher wert wäre, erhalten und später einmal zu einem Marx-Museum, zu einer Marx-Gedächtnisstätte umgewandelt zu werden.

Geburtenüberschuß in Berlin. Berlin, wo in den letzten Jahren regelmäßig die Zahl der Todesfälle die der Geburten überstieg, hat jetzt im ersten Vierteljahr 1923 zum erstenmal nach langer Zeit einen Geburtenüberschuß zu verzeichnen. Wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, überstieg die Zahl der Geburten die der Todesfälle in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um fast 600, während in der gleichen Zeit 1924 4400 Todesfälle mehr als Geburten waren. Dieses günstige Ergebnis ist erreicht, obwohl erfahrungsgemäß im Februar und März die Sterblichkeit höher ist als in den anderen Monaten. Wenn die Geburtenziffer in gleicher Weise anhält, hätten wir für 1923 einen Geburtenüberschuß von etwa 6000 Köpfen zu erwarten, gegenüber einem Geburtendefizit von rund 5000 Köpfen im Jahre 1924. Da aber nach den bisherigen Ergebnissen mit einer erheblich geringeren Sterblichkeit als 1924 zu rechnen ist, so dürfte sich für 1923 ein noch höherer Geburtenüberschuß ergeben.

Ein Riesenschiff für Flugzeuge. Acht Kilometer östlich von Dijon erhebt sich der 625 Meter hohe Mount Airique. Vorige Woche wurde hier der erste Leuchtturm für Flugzeuge in Betrieb gesetzt, und die Versuche haben gezeigt, daß der Leuchtturm, der einen Durchmesser von 8 Kilometer hat, hintereinander Lille, Brüssel, Frankfurt, Mailand, Angers, Alençon und Rouen berühren kann. Richter er seinen doppelten Strohl gegen den Himmel, ist er auf ungeheure weite Strecken zu sehen und bietet den Piloten einen sicheren Anhaltspunkt. Der Leuchtturm selbst ist 14 Meter hoch und besteht aus drei Stockwerken, von denen die zwei obersten acht Apparate enthalten, die ein Licht von einer gesamten Stärke von einer Milliarde Kerzen hinausenden und somit sämtliche Scheinwerfer an und auf dem Meere richtunggebend in den Schatten stellen. Der Scheinwerfer von Mount Airique ist der erste in einem System von Scheinwerfern für den internationalen Flugverkehr und beleuchtet den Schnittpunkt der Luftlinien Paris-Schweiz, Paris-Italien und Paris-Mittelmeer. Der Bau wurde bereits während des Krieges 1918 begonnen, durch den Waffenstillstand unterbrochen und später zum Nutzen der Handelsluftschiffahrt zu Ende geführt mit einem Kostenaufwand von 1 1/2 Millionen Frank. Man hofft, damit in der Lage zu sein, in absehbarer Zeit einen ununterbrochenen Flug von Paris nach Tokio durchzuführen zu können.

Erkennführungen der Woche. Mittwoch, Staatstheater: „Der Brand im Opernhaus“. — Theater d. Kommandantenstr.: „Durch den Rundfunk“. — Antimes Theater: „Klabauter, Bartell“. — Erlanen Theater: „Die blaue Stunde“. — Stadion, Sessing-Theater (Junge Bühne): „Gizelle“.

Vorträge. Heute abend 8 Uhr spricht im Auditorium 41 der Universität Prof. Dr. Hans Friedenthal über „Die anatomischen Grundlagen des Gesichtsausdrucks“.

Der Kongress in Marseille.

Die Tagesordnung.

Einberufung und provisorische Geschäftsordnung: Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beruft hiermit gemäß Artikel 6 der Statuten einen Internationalen Kongress für den 22. August 1925 nach Marseille ein. Der Kongress wird im Palais des Expositions tagen. Die Eröffnung findet am 22. August um 10 Uhr vormittags statt. Der Kongress wird voraussichtlich seine Beratungen am 27. abends beenden.

Teilnahme: Am Kongress sind die der S.A.I. angeschlossenen Parteien teilnahmeberechtigt. (Artikel 7 der Statuten.)

Anzahl der Delegierten: Auf jede Partei entfallen für die erste Kongressstimmperiode 5 Delegierte, für jede weitere Kongressstimmperiode 3 Delegierte. Das Maximum der Delegierten einer Partei ist 30. (Artikel 8 der Statuten.)

Küher ihren ordentlichen Delegierten kann jede Partei Gastdelegierte entsenden, die am Kongress weder das Wort ergreifen können noch Stimmrecht haben. Die Anzahl der Gastdelegierten darf die Zahl der ordentlichen Delegierten nicht übersteigen.

Stimmensystem: Jeder Partei wird von der Exekutive, gemäß Artikel 9 der Statuten, eine bestimmte Zahl von Stimmen zugeteilt.

Kongressbeitrag: Für jeden Delegierten und jeden Gastdelegierten ist von der Partei ein Beitrag für die Teilnehmerkarte zu entrichten. (Artikel 13 der Statuten.)

Dieser Beitrag wird nach der wirtschaftlichen Lage der Länder abgestuft. Er beträgt 25, resp. 20, resp. 15 englische Schillinge (1 Sch. = 1 M.), und zwar

25 Schillinge für folgende Länder: Argentinien, Danzig, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Holland, Lettland, Norwegen, Polens, Schweden, Vereinigte Staaten von Amerika.

20 Schillinge für folgende Länder: Belgien, Britisch-Guyana, Deutschland, Estland, Frankreich, Luxemburg, Rumänien, Spanien, Portugal.

15 Schillinge für folgende Länder: Armenien, Bulgarien, Georgien, Italien, Jugoslawien, Litauen, Oesterreich, Polen, Russland, Tschechoslowakei, Ukraine, Griechenland, Ungarn, Türkei.

Tagesordnung: Die von der Exekutive beschlossene provisorische Tagesordnung lautet:

1. Die internationale sozialistische Friedenspolitik. a) Die Internationale und die Probleme der Sicherheit und der Abrüstung. b) Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kriegsverbrechen.
2. Die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und die Arbeitslosigkeit.
3. Die Konvention von Washington und der Achttundentag.
4. Bericht und Antrag der Internationalen Frauenkonferenz.
5. Organisation und Beitragsystem.
6. Verschiedene Fragen.

Aufträge: Zur Stellung von Anträgen sind nur die angeschlossenen Parteien berechtigt. Anträge zum Kongress müssen bis spätestens 30. Juni 1925 beim Sekretariat der S.A.I. einlangen. Später einlaufende Anträge können nur über besonderen Beschluß des Kongresses in Verhandlung gezogen werden.

Geschäftsordnung: Den Vorsitz führen Mitglieder des Bureau der S.A.I. in der von der Exekutive bestimmten Reihenfolge. Alle Wortmeldungen, Anträge, Anmeldungen von Mitgliedern zu Kommissionen sind schriftlich zu überreichen.

Die Redner erhalten in der Reihenfolge der Anmeldungen das Wort.

Die Redezeit beträgt für Referenten 40 Minuten, für die übrigen Redner 15 Minuten.

Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Karten. Die Abstimmung nach Kongressstimmen statt nach Köpfen wird vorgenommen, wenn mindestens 30 Kongressmitglieder, die mindestens fünf verschiedene Länder vertreten, dies verlangen. (Artikel 9 der Statuten.)

Nicht angeschlossene Parteien: Vertreter von Parteien, über deren Beitritt zur S.A.I. Verhandlungen schweben, können auf Beschluß der Exekutive Karten als Gastdelegierte erhalten.

Internationale Sozialistische Frauenkonferenz: Am 21. August findet eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz statt, deren Tagesordnung vom Internationalen Sozialistischen Frauenkomitee festgelegt wird. An der Konferenz sind nur Angehörige der der S.A.I. angeschlossenen Parteien teilnahmeberechtigt. Alle Einzelheiten werden in einem besonderen Rundschreiben bekanntgegeben.

Besprechung über die Agrarfrage: Zur Besprechung der Agrarfrage wird des Internationalen Kongresses wegen eine zwanglose Konferenz zusammentreten, an der die Vertreter jener sozialistischen Parteien teilnehmen werden, die an diesem Problem besonders interessiert sind.

Anmeldungen, Wohnung, Visa usw. Jede Partei muß die Anzahl und die Namen der von ihr entsendeten Delegierten bis längstens 15. Juli 1925 an folgende zwei Stellen bekanntgeben:

a) Sekretariat der S.A.I.:
4, Great Smith Street, London, S. W. 1.

b) Lokalkomitee:
Léon Bon, 42, Rue de la République Marseille (France).

Alle Bestellungen, Anfragen usw. bezüglich des Quartiers sind ausschließlich an das Lokalkomitee zu richten, welches die Quartiere besorgt.

Alle Wünsche, Anfragen usw., welche die Tätigkeit des Kongresses betrifft, sind an das Sekretariat der S.A.I. zu richten. Alle Wünsche, Anfragen usw. betreffend Paris sind an das Sekretariat der französischen Partei (R. le Dep. Paul Faure, 12, Rue Feytaud, Paris II) zu richten.

Delegierten- und Gastdelegiertentarten werden ausschließlich vom Sekretariat der S.A.I. ausgegeben, Preislisten ausschließlich vom Lokalkomitee.

Die Exekutive der S.A.I. richtet an alle angeschlossenen Parteien und darüber hinaus an alle Arbeiterorganisationen der Welt die Aufforderung, alle Vorbereitungen zu treffen, damit das Gelingen des Internationalen Kongresses Zeugnis ablege für die Kraft der normativstrebenden Arbeiterklasse.

Der Internationale Kongress 1925 soll eine machtvolle Kundgebung werden:
Für die großen Forderungen der Arbeiterklasse; für die Sicherung des Friedens und des Achttundentages;
Gegen die Feinde der Arbeiterklasse und des Fortschrittes; gegen den Kapitalismus und die faschistische Reaktion!

Für die Herstellung der internationalen Einheit des Proletariats in den Reihen der sozialistischen Arbeiter-Internationale!
Die Exekutive
der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Weitere bulgarische Todesurteile bestätigt. König Boris hat fünf weitere Todesurteile des Kriegesgerichts gegen die kommunistischen Verschwörer bestätigt. Es handelt sich um Petroff, Ludojoff, Angeloff, Thomoff und Sedloff, von denen die drei letztgenannten flüchtig sind.

Kasse Pfingstvorgrüße.

Das war gestern nachmittag eine sehr unerwartete Einlage der himmlischen Regie, als sich der Himmel überraschend schnell pechschwarz verdunkelte und die Schleißen öffnete zu einer Ausgießung, die als überaus nährend für unsere „notleidende“ Landwirtschaft anzusprechen war. Nach langer Dürre, der eine tropische Temperatur die notwendige Würze gab, kam dieser gefühlte Pfingstvorgruß für den Landbebauer als Geschenk von allerhöchsten Qualitäten. Der Mensch kalkuliert jedoch nicht immer nach Nützlichkeitsbedingungen. Das tut er nur mit übertriebener Gründlichkeit in der Wirtschaft. Auch seine Bequemlichkeit ist ein Faktor, mit dem sehr erheblich zu rechnen ist. „Die Natur hat wirklich ihre Rucken“ wird so mancher Kilometerwürger gedacht haben, der am Freitagabend mit schmerzlich prüfendem Auge das schwarze Gebälk am Horizont musterte. So manches Pfingstmenü (Segelpartien, Tageswanderungen usw. usw.) ist sicherlich allzuangenehm durch die Lidz des Objekts verfälscht worden. Gewiß: der alte Wettergott lebt noch. Aber heute strahlt die Sonne wieder in alter, ungebrauchter Frische. Auch haben die Wetterpropheten zwei sonnenüberlastete Pfingsttage proklamiert. Das ist allerdings ein Grund zur Vorsicht. Es gilt, keine Hakenkreuzschwadronen mit den notwendigen Hieb-, Stich- und Schlagwerkzeugen auszustatten. Es gilt nur, den Regenschirm mitzunehmen.

Im Zeichen der Maien.

Wieder einmal steht Berlin im Zeichen der Maien. Das alte Symbol des Pfingstfestes steht in schwunghaftem Handel und aus den Dörfern der näheren Umgebung Berlins strömen die abjagelustigen Bauern herbei, um das grüne Erzeugnis der Natur in klingende Münze umzuwerten. In dichten Scharen umlagert die Jugend die Halleplätze der Maierverkäufer. Sie haben es besonders auf das Materialinstrument für jeden Nerösen, den teuflich zirpenden Kalmus, abgesehen. Auf dieser Erfindung des Satans — so lagen wenigstens die Leute mit maroden Kerosen — kann man bekanntlich unheimlich lange und gellend unartikulierte Töne hervorbringen. Kein Wunder also, daß sich unsere Sprößlinge mit fanatischem Eifer auf diese Värmapparate der Natur stürzen. Das wichtigste bei diesem Maierverkauf ist allerdings die Gunst oder Ungunst der Konjunktur. Das läßt sich allerdings erst bei der Inventur an den schäbigen Resten feststellen.

Weltliche Schule und Elternbeiräte.

Vor kurzem hat in Berlin eine Konferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und der Kinderfreunde mit Vertretern der Elternbeiräte und der freien Schulgesellschaften stattgefunden, die sich mit der Frage der weltlichen Schule und der Organisation der sozialistischen Elternbeiräte beschäftigte.

Genosse Löwenstein betonte in seinem Referat über die weltliche Schule, daß die Auffassung der weltlichen Schule als einer „Substitutionschule“, d. h. ihre negative Auffassung als einer Schule ohne konfessionellen Religionsunterricht in unseren Reihen ebenso als überwinden gelten könne wie die Richtung, welche der weltlichen Schule einen — wie auch immer gearteten — freireligiösen Charakter zu geben suchte. Löwenstein erörterte die unterschiedlichen Merkmale der weltlichen Schule im Gegensatz zur bisherigen darin, daß sie sich statt nach irgendwelchen Traditionen und zweifelhaften Autoritäten nach sachlichen Notwendigkeiten orientiere und zugleich dem Gedanken der menschlichen Solidarität in den Mittelpunkt stelle. Sie wird mit anderen Worten von tatsächlichen Leben, von den sozialen Verhältnissen und Entwicklungstendenzen bestimmt. Eine „neutrale“ Schule gibt es nicht und kann es nicht geben. Löwenstein schärfte dann die gegenwärtige schulpolitische Situation, um aus ihr unsere Aufgaben abzuleiten. Wir müssen zum Kampf bereit sein gegenüber dem drohenden reaktionären Reichsschulgesetz und den Plänen eines Reichskonkordats. Es dürfe in Parteifreien keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber geben, daß wir nicht nur platonisch uns für die weltliche Schule erklären, sondern uns geschlossen und mit ganzer Kraft für sie einsetzen müssen. — In der sehr regen und eingehenden Aussprache kam die einmütige Zustimmung zu diesen Ausführungen zum Ausdruck. Mehrfach wurde betont, daß in weiten Parteifreien ein noch entscheidenderes Eintreten der Parteileitung für die schulpolitischen Aufgaben der Sozialdemokratie gefordert werde, daß man andererseits die Schöpfung der Monatschrift „Sozialistische Erziehung“ durch den Parteivorstand freudig begrüße. Das politische Bündnis mit dem Zentrum als republikanische Partei könne und dürfe nicht zur Aufgabe oder Verleugnung unserer grundsätzlichen Forderungen auf dem Gebiete der Schule führen. Eine systematische Aufklärungspropaganda für die weltliche Schule muß in Angriff genommen werden.

Ueber die Frage der Elternbeiräte hielt Genosse Pepper-Riel ein auf reiches Material gestütztes orientierendes Referat. Er gab einen Überblick über die einschlägigen Bestimmungen in den einzelnen Ländern, skizzierte die Aufgaben der sozialistischen Elternbeiräte und wünschte, daß die Partei sich stärker dieser Aufgaben annehme. Er schlug eine zentrale Zusammenfassung der Elternbeiräte im Rahmen der schon bestehenden sozialistischen Erziehungsbewegung vor. Auch an dieses Referat schloß sich eine lebhafteste Diskussion an, in der über die Erfahrungen in den verschiedenen Bezirken berichtet wurde. Es soll zunächst die Zahl der sozialistischen Elternbeiräte festgelegt werden und wie weit sie in den Bezirken organisiert und aktiv tätig sind. Auf Grund dieser Feststellungen soll dann zur zentralen Zusammenfassung geschritten werden. Dafür soll aber keine neue Organisation geschaffen werden, vielmehr soll diese Tätigkeit in die Arbeit der sozialistischen Lehrer und Kinderfreunde eingegliedert werden. Schon jetzt sollen die Elternbeiräte mit Material versorgt werden, einmal durch die „Sozialistische Erziehung“, nach Möglichkeit aber auch durch besondere Druckschriften. Es kann festgelegt werden, daß auf der Konferenz eine über Erwarten große Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen zutage getreten ist, so daß man sich von ihr die besten Auswirkungen für die schulpolitische Tätigkeit in der Partei versprechen darf.

Rot und Schwarz-rot-gold.

Auf der Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin am 24. Mai wurde einstimmig folgende Entschluß angenommen: „Die Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin erkennt in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation die Notwendigkeit an, das Wahrzeichen der demokratischen Republik gegen Angriffe der Reaktion zu schützen. Sie betont aber nachdrücklich, daß das Symbol unseres sozialistischen Volkes die rote Fahne ist, und fordert alle Abteilungen sowie den Bezirksvorstand auf, bei allen Veranstaltungen und Kundgebungen die rote Fahne in erster Linie zu zeigen und ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rufen.“

Zum Mord im Tegeler Walde.

Wie wir seinerzeit berichteten, wurde am Donnerstag, den 30. April, der Bankbeamte Arno Schwente aus Waidmannslust im Walde bei Tegeler Hinterrück erschossen. Als der Mörder herannahende Leute bemerkte, fuhr er davon und entkam. Nach einer bei der Nordkommission eingegangenen vertraulichen Mitteilung fuhr am selben Tage abends gegen 10½ Uhr ein Mann mit der Straßenbahn von Tegelerort nach Berlin. Dieser Mann kann allen Umständen nach über die Mordtat genauere Mitteilungen machen, denn er sprach über die Mordtat so laut, daß auch andere Mitfahrer, die

sich an der Unterhaltung nicht beteiligten, seine Worte verstehen konnten. Unter Hinweis auf die ausgelegte Belohnung von 1000 M. wird dieser Mann ersucht, sich bei der Nordkommission, den kriminalkommissaren Geisel und Johannes Müller, im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu melden. Alle zweckdienlichen Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt und im Zimmer 56 entgegengenommen.

Harrys Glück und Ende.

Sie wollen ihn also erbarmungslos niederknallen lassen, Harry, den gefürchteten Elefanten der indischen Urwälder im Berliner Zoo. Menschliche Heimtücke will dem lässigen Ausländer mit dem deutschen Hausgebrauchsmittel aus Leder gehen. Doch im Ernst: Freund Harry, der Nieselefant des Zoo, im blühenden Alter von 40 Jahren, ist im Laufe dieses launeraubenden Sommers böseartig geworden. Harry bedroht die Wärter, verliert, Ausbrüche, wehelt unheimlich mit dem Rüssel. Er ist auch körperlich erkrankt. Möglicherweise, daß ihm die Umgebung ungenügend ist. Diese mühsigen Gaffer, die mit neugierigen Blicken stundenlang, jahraus jahrein um sein solides umgittertes Gefängnis herumsehen — ihn mit den Blicken befehlen, betasteten, gefühlt- und erbarmungslos. Vielleicht ist Harry auch melancholisch geworden. Melancholie ist der sicherste Pfadbereiter für körperliches Unwohlsein. ... Und im Traumdämmer dunkler Fiebernächte mag ihm das bunte, glühende Bild der Heimat aufgegangen sein. ... Das geheimnisvoll verhaltene Summen des Urwaldes, die Schwärze im farben durchdrungenen Dickicht, die Vastitäten von Urkraft und Wildheit, die durch diesen tobbringenden Zaubergarten nacktester Natur strömen. ... Vielleicht ist der Kummer eines Elefanten nur deshalb tränenlos, weil er nach innen kriecht und nicht das Äußere verzehrt. Jedenfalls: Harry ist krank. — Und in einigen Tagen wird er ja nun erschossen werden.

Neue Straßenbahn-Fahrpreise in Spandau.

Am 1. Juni 1925 ab gelten auf der Straßenbahnstrecke Spandau—Hennigsdorf folgende Fahrpreise: 1. Einzelfahrkarte ohne Umsteigeberechtigung: Spandau—West—Johannesstift 15 Pfg., Johannesstift—Nieder-Neuendorf 20 Pfennig, Nieder-Neuendorf—Hennigsdorf 20 Pfennig, Spandau—West—Krautwerd und Papenberge—Hennigsdorf je 25 Pfennig, Spandau—West—Nieder-Neuendorf und Johannesstift—Hennigsdorf je 30 Pfennig, Spandau—West—Hennigsdorf 35 Pfennig. 2. Wochenkarten: für wochentags zwei ununterbrochene Einzelfahrten innerhalb einer Kalenderwoche, auf der Strecke: Nieder-Neuendorf—Hennigsdorf 2 Mark, Spandau—West—Krautwerd 2,25 Mark, Spandau—West—Nieder-Neuendorf und Johannesstift—Hennigsdorf je 2,75 Mark, Spandau—West—Hennigsdorf 3 Mark. 3. Schülermonatskarten: (unverändert) 3,75 Mark.

Schützt die Singvögel.

Es ist eine betrübende Tatsache, daß ein gar nicht so geringer Teil unserer Laubenzonisten dem Schutz der Singvögel nicht im mindesten Rechnung trägt. Versüßend ist — so schreibt uns ein Laubenzonist — steht er den Klagen des Naturfreundes gegenüber, der sich darüber beschwert, daß des Nachbars Kähe in seinem Garten wildern geht. Jeder Kähefreund behauptet, sein Tier mache das nicht. Eine vollständig abwegige Zusage. Und wenn schon so ein Zusagegenosse unter diesen Räubern zu finden wäre, schon ihre Anwesenheit im Garten genügt, daß der Vogel diese Stätte meiden. Es kann nicht gebühret werden, daß unsere Vogelwelt durch herumstreifende Kähe beunruhigt und ihrer Brut beraubt wird. Unsere geliebten Sänger sind die besten Freunde und Gehilfen des Gartenfreundes; ein Kähe hingegen hat im Garten keine Daseinsberechtigung. Es mag darauf hingewiesen sein, daß Kähe, die auf fremden Gartengrundstücken angetroffen werden, abgefangen werden können. Es empfiehlt sich, dem Kähefreund Mitteilung zu machen, daß so verfahren wird, wenn das Tier auf fremdem Gartengelände angetroffen wird. Im Garten wird nachher die Käheleibhabererei zur Plage. Also mehr Schutz unserer Vogelwelt!

Straßenbahnunfall in der Invalidenstrasse.

Am Freitag abend gegen 12 Uhr rief an einem Wagon der Straßenbahn der Linie 1 in der Invalidenstrasse die Kuppelung, so daß der Anhänger gegen den Triebwagen fuhr. Durch die in Trümmer gehenden Schelben wurden sieben Personen leicht verletzt, sie konnten jedoch nach Anlegung von Rotverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden.

Ital ergriffen. Der ehemalige Geschäftsführer des Berliner Ratskellers, Ital, der, wie wir mitteilen, nach Unterschlagung von 20.000 M. mit seinem eigenen Auto durchbrannte, ist bei Wiesbaden festgenommen worden. Sein Auto wurde beschlagnahmt.

Frau Selma Schwarz, eine alte Kampfgenosin in Friedrichshagen, feiert heute ihren 70. Geburtstag. Genossin Schwarz war schon unter dem Sozialistengefetz politisch und gewerkschaftlich tätig. Wir wünschen der alten Kämpferin noch einen schönen Lebensabend.

Änderung im Köpenicker Straßenbahnverkehr. Vom 31. Mai da. Is. ab werden die Wagon der Linie 87 im Halbstundenverkehr unmittelbar bis zum Krankenhaus Köpenick durchgeführt. Damit entfällt das Umsteigen an der Linden-, Ecke Bahnhofstraße; der bisherige Pendelbetrieb zwischen Krankenhaus und Bahnhof Köpenick kommt in Fortfall. Der andere Teil der Linie 87 verbleibt an dem jetzigen Endpunkt Linden-, Ecke Bahnhofstraße und erhält die neue Liniennummer „187“.

Ueberfall auf ein junges Mädchen. In der vergangenen Nacht wurde an der Ecke der Rixdorf- und Reichenberger Straße eine 24 Jahre alte Arbeiterin Rixdorf Korn hinterücks angeschossen und so schwer getroffen, daß sie von der Unfallstation, wohin sie gebracht worden war, sofort in das Krankenhaus Urban übergeführt werden mußte. Der junge Mann, der die Ueberführung in die Unfallstation veranlaßt hat, wird ersucht, sich auf dem Polizeirevier 111, Urbonstr. 48, Kriminalpolizei, zu melden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis Wehling. Die 31. Sitzung veranstaltet am 1. Mai, Freitag, morgens 5 Uhr, in den Pharusien, Müllerstr. 142, ein Frühkonzert. Alle Genossinnen und Genossen des 2. Kreises sind herzlich eingeladen.

Theater der Woche.

Vom 31. Mai bis 8. Juni 1925.

Volksbühne: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik des Omnibuspersonals beendet. Heute mittag Aufnahme der Arbeit.

Die Omnibusangestellten, die sich durch die Drohung der Diktation mit Entlassung nicht einschüchtern ließen, waren heute morgen im Gewerkschaftshaus versammelt. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs und die Furcht vor der angedrohten Entlassung veranlaßte einen Teil des Personals, bereits heute morgen den Dienst wieder aufzunehmen, ohne daß der Streikbeschuß aufgehoben worden war. Knobel vom Verkehrsband erläuterte noch einmal den Schiedspruch und berichtete von den Verhandlungen beim Schlichter. In der Diskussion versuchte ein Mitglied der Union die Gewerkschaften anzurempeln. Er wurde von Koch, Vertreter des Metallarbeiterverbandes, gehörig abgefertigt. Bemerkenswert ist, daß der weitaus größte Teil der Anwesenden die radikalen Thesen ablehnte. Im übrigen stimmte die Versammlung der Aufforderung der Organisationsleiter zu, nun erst recht für den Ausbau der Gewerkschaften zu sorgen. Auf eine Anfrage hin bemerkte Knobel, daß die Verbände die geplanten Wahrgelungen selbstverständlich ablehnen werden. Die Versammlung beschloß, die Arbeit heute mittag geschlossen wieder aufzunehmen.

Die Direktion der Omnibusgesellschaft hat bei dieser Tarifbewegung ihren schärfsten Standpunkt mit aller Deutlichkeit gezeigt. Sie hat nicht nur durch ihr provozierendes Verhalten die Erregung hervorgerufen, die zur Arbeitseinstellung führte, sondern sie weigerte sich sogar gestern noch, den Spruch des Schlichters, der die Verbindlichkeitsklärung brachte, trotz der geringen Lohnherabsetzungen anzuerkennen. Noch gestern abend, nachdem der Schlichter längst entschieden hatte, sandte sie mit größter Beschleunigung durch besondere Boten den Streikenden die Kündigung ins Haus. Der Direktion kam es also unter allen Umständen darauf an, den Konflikt zu verschärfen, wozu ihr jedes Mittel recht war. Die Angestellten müssen daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und für restlose Organisierung des Personals sorgen.

Au die Bäcker- und Konditorgehilfen!

Der Erlaß des Handelsministers Dr. Schreiber hat leider so gewirkt, daß jetzt auch das Polizeipräsidium in Berlin dem Drude nachzugehen scheint und für die Großstadt Berlin den 5 Uhr-Arbeitsbeginn einzuführen beabsichtigt. Damit ist der Anfang vom Ende der Tagarbeit gemacht. Die Kämpfe der Bäckergehilfen seit einem Menschenalter werden damit mit einem Schlage zerstört. Der 5-Uhr-Arbeitsbeginn muß die Kontrollmöglichkeit des Bäckergehilfen vollständig ausschließen. Die Gesellschaft soll gezwungen werden, frühmorgens vor Beginn jeder Verkehrsmöglichkeit aus den Proletariatsvierteln in ihren bis zu zwei Stunden entfernten Arbeitsstätten zu sein. Die Folge wird die Wiedereinführung der Nachtarbeit und des Kost- und Logiszwanges beim Arbeiter und damit Auslösung der Verheerungen aus dem Gewerbe sein. Alle verheerenden Folgen lassen sich hier nicht aufzählen. Es soll daher am nächsten Donnerstag eine große Protestversammlung im Lehrervereinshaus stattfinden, zu der namhafte Wissenschaftler und Sozialpolitiker und Vertreter von Behörden eingeladen sind. Es gilt, in dieser Versammlung alles daran zu setzen, der Öffentlichkeit und den Behörden die ungeschminkte Wahrheit zu sagen und über das, was kommen muß, klaren Wein einzuschütten. Wir bitten, den Inseratenteil des „Vorwärts“ genau zu beachten. Die Verbandsleitung.

Streikgefahr bei Volle.

Mit dem beschlossenen Streikbeschuß, den die Belegschaftsversammlung der Meierei Volle gestern abend faßte, ist der Streik weder abgewehrt noch verschoben. Das Personal konnte gestern keinen anderen Beschluß fassen, weil das Lohnabkommen noch bis Ende Mai läuft. Der Beschluß zeigt aber den Ernst der Situation. Dem brutalen Unternehmerstandpunkt der Direktion hat die Belegschaft ihren gewerkschaftlichen Willen entgegengesetzt, was ihr niemand verübeln wird. Sollte die Direktion nicht noch in letzter Stunde durch die behördlichen Schlichtungsinstanzen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen und zu ausreichenden Zugeständnissen veranlaßt werden, so ist mit dem Ablauf des Lohnjahres morgen, Sonntag, der Ausbruch des Streiks unvermeidlich.

„Arbeitsverweigerung“ des Betriebsratsvorsitzenden.

Als kürzlich die Neuwahl der Betriebsräte bei der Reichsbahn besorgend, hatte der nach dem Streik gewählte provisorische Betriebsrat, der infolge einer Abmachung mit der Direktion bis zur Neuwahl amtierend sollte, einen Wahlvorstand aus Mitgliedern der drei Eisenbahnerverbände eingesetzt. Die für den Anhalter Bahnhof zuständige Verwaltungsstelle vertrat aber den Standpunkt, daß seit der Neueinstellung der Arbeiter nach dem Streik ein rechtmäßiger Betriebsrat nicht bestehe und ernannte deshalb einen Wahlvorstand, mit dessen Leitung sie den Spitzenkandidaten der Liste des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes betraute. Der Vorsitzende des alten (provisorischen) Betriebsrats, Güterbodenarbeiter Sch., der dem deutschen Eisenbahnerverbande angehört, erblühte in dem Verhalten der Verwaltung eine einseitige Stellungnahme zugunsten des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes und hielt es deshalb für nötig, die Wahlhandlung zu kontrollieren. Da er sich als Betriebsratsvorsitzender hierzu berechtigt fühlte, suchte er nicht formell um Urlaub nach, sondern teilte seinem Vorgesetzten am Tage vor der Wahl mit, daß er die Wahl kontrollieren werde. Als Sch. im Wahlzimmer weilte, kam der Dienststellenvorgesetzte und forderte Sch. auf, an seine Arbeit zu gehen. Dessen Weigerung ließ Sch. unter Berufung auf sein Recht als Betriebsratsvorsitzender. Darauf wurde er wegen „beharrlicher Arbeitsverweigerung“ fristlos entlassen. Die Eisenbahnkammer des Gewerbegerichts erklärte den Einspruch des Betriebsrats gegen die Entlassung als berechtigt und die Entlassung als nicht gerechtfertigt, denn selbst wenn man ein unbefugtes Verlassen der Arbeit als vorliegend erachten würde, so wäre das kein Grund zur fristlosen Entlassung. Eine beharrliche Arbeitsverweigerung liege überhaupt nicht vor.

Die russischen Abonnenten.

(NSD) Seit April erscheint in London eine Monatschrift „Trade Union Unity“ („Die Einheit der Gewerkschaften“), die von Purcell, Timmins und Hids redigiert wird. Das Blatt soll der Festigung der internationalen gewerkschaftlichen Einheit dienen. Wie der „Trud“ vom 22. April mitteilt, hat der Vorsitzende des Moskauer Gewerkschaftsrates, Michailow, während der Londoner russisch-englischen Konferenz tausend Exemplare der englischen Monatschrift für den Moskauer Gewerkschaftsrat abonniert. Daß von diesen tausend Exemplaren kaum zehn in Moskau gelesen werden, ist wohl ohne weiteres klar. Dieses Abonnement sieht daher einer Subvention außerordentlich ähnlich. Es ist noch zu erwähnen, daß außer dem Vorsitzenden des Moskauer Gewerkschaftsrates auch der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes und einige führende Mitglieder des Zentralrates der

russischen Gewerkschaften in London anwesend waren. Die Vermutung spricht dafür, daß nicht allein der Vorsitzende des Moskauer Gewerkschaftsrates ein solches Interesse für das neue Blatt betunden hat, sondern daß auch andere russische Mitglieder der englisch-russischen Konferenz sich in gleichem Sinne betätigt haben. Das alt-russische System einer geschickten Beeinflussung der westeuropäischen Presse, die zuweilen selbst die Beeinflussung nicht so bald merkt, zeigt sich hier in seiner ganzen Herrlichkeit.

Nein Straßenbahnerstreik in Leipzig.

Leipzig, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der am Freitag abend im Volkshaus abgehaltenen Funktionärerversammlung der Straßenbahner wurde das Ergebnis der Urabstimmung im Betriebe der Leipziger Straßenbahn bekanntgegeben. Es wurde beschlossen, aus taktischen und solidarischen Gründen mit Hinblick auf das Arbeiterlängerkfest, das hier in Leipzig stattfindet, von einer Niederlegung der Arbeit abzusehen. Infolgedessen bleibt der Betrieb der Leipziger Straßenbahn in vollem Umfange aufrechterhalten.

Das Anglo-Russische Einigungskomitee.

London, 30. Mai. (Eigener Bericht.) Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat in seiner jüngsten Sitzung die folgenden Gewerkschaftler zu Mitgliedern des Anglo-Russischen Einigungskomitees gewählt: A. B. Swales (Vorsitzender des britischen Gewerkschaftsbundes), W. B. Citrine, A. Indian, Ben Turner und George Hids. Der Sitzung des Generalrates, in der diese Wahl vorgenommen wurde, lag auch eine Kopie des Briefes vor, den der Russische Gewerkschaftsbund an die Amsterdamer Internationale geschickt hat. Genosse Swales teilte nach der Sitzung einem Mitglied der „Daily Herald“-Redaktion mit, daß der britische Generalrat die in dem russischen Dokument eingenommene Haltung für „verständlich“ und für einen Beweis dafür halte, daß sich die Stellung der russischen Gewerkschaften zur Frage der internationalen Einheit in der letzten Zeit geändert habe.

Verantwortlich für Politik: Dieter Schiff; Wirtschaft: Helmut Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöner; Kultur: Dr. John Schilke; Solale und Genesine: Felix Kaufmann; Kurieren: H. Gledt; Familien in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Sinalco!

die edle Bilzbrause
zuckergesüßt.

Nur nebensteh. Schutzmarke
bürgt für echte, gute Ware

Lieferanten:

Generalvertrieb: Starick & Krüger, G. m. b. H., Landsberger Allee 6-7

F. Fünning, 50, Wiener Str. 17a	A. Bethge, N. Rögner Straße 76
A. Riemer, 50, Kottb. Ufer 39-40	P. Klemmstein, N. Gleimstr. 63
C. Evers, 50, Reichenberg, Str. 56	C. Petri, N. Gartenstraße 51
F. Scheitler, 50, Reichenberg Str. 23	W. Schimke, N. Schönholz, Str. 15
O. Steiger, S. Schönleinsstr. 23	E. Sicking, N. Lychener Str. 131
E. Rauch, SW. Neuenburg, Str. 28	F. Voß Nachf., N. Ackerstr. 19
J. Hartsch, C. Steinstraße 28	W. Gürtler, Steglitz, Körnerstr. 19
P. Heinze, C. Fischerbrücke 15	G. Hoffmann, Charl., Kammh. 19
R. Kluger, O. Tassdorfer Str. 52	A. Liebig, Charl., Großmannstr. 60

H. Fasselow, Charlottenburg, Röntgenstraße 8
H. Tick, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 146
M. Köhler, Wilmersdorf, Brandenburgerische Straße 77
R. Hübner, Lichterfelde, Potsdamer Straße 1
W. Röhneke, Tempelhof, Berliner Straße 97
H. Röhne, Weißensee, Kronprinzenstraße 4
C. Mütze, Spandau, Weidenburger Straße 16a
F. Müggendorfer, Potsdam, Alte Luisenstraße 22-23
W. Kastner, Köpenick, Kaiser Wilhelm-Straße 107
Starick & Krüger, G. m. b. H., Hermsdorf, Lindenstraße 15

Bekanntmachung!

Auf Grund des § 74 der Satzung sind für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1925 in getrennter Wahlordnung zu wählen:

20 Vertreter und 40 Ersatzmänner aus der Mitte der Arbeitgeber und 40 Vertreter und 40 Ersatzmänner aus der Mitte der Beschäftigten.

Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 13. Juli 1925, nachmittags von 4-7 Uhr, und die Arbeitnehmer am Sonntag, den 12. Juli 1925, von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im

Ressourcenlokal Danfelz, 4, vorn 1 Treppe.

Die Wahl wird durch den Vorstand geleitet.

Bezüglich der Wahlberechtigung sowie der Wahlbarkeit der Beschäftigten und der Bestimmungen im § 74 der Satzung, die mündlichen Arbeitgeber und Beschäftigten werden hiermit aufgeföhrt. Wahlberechtigt sind die beteiligten Arbeitgeber und Beschäftigten dem unterzeichneten Vorstand bis spätestens zum 13. Juni 1925 unter der Adresse:

Wahlbureau der Ortskrankenkasse für das Raurengewerbe in Berlin, Berlin C. 25, Danfelzstraße Nr. 4, einzureichen.

Die Stimmabgabe ist an diese Wahlbureau abzugeben.

Verbundene Wahlberechtigte werden nicht zugelassen.

Ueber die Aufstellung, Unterzeichnung, Prüfung und Aulassung der Wahlberechtigten, über den Gang der Wahl, Stimmabgabe, Stimmzettel und Schluß der Wahlhandlung eriten die Bestimmungen der §§ 7, 8, 11 bis 14 der Wahlordnung, welche im Ressourcenlokal erhältlich ist, Stimmzettel, müssen 10 x 8 Zentimeter groß und von weißer Farbe sein.

Die aus den einzureichenden Wahlberechtigten sich ergebenden Verbände

J. Baer, Berlin N., Badstr. 26

Empfehle mein reichhaltiges Lager

fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung

Die Maßabteilung steht unter Leitung bewährter Zuschnelder

und bietet Gewähr für eleganten Sitz bei bester Verarbeitung

Sport- und Berufskleidung • Gummi-Gabardine- u. Lodenmäntel

Reichhaltige Auswahl in Luster-, Leinen- und sonstiger Sommerbekleidung.

Berliner Töpferhütte

G. m. b. H.

angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe

Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14

Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314

Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Oefen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.

Berlin, den 30. Mai 1925.

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse für das Raurengewerbe in Berlin.

S. R. Baer, H. Freund,
Vorstand, 9225 Schriftführer.

Bekleidungsvertrieb des Westens

inh. Max Pitzala.

in den neuen bedeutend erweiterten Räumen

jetzt Potsdamer Str. 132

zwischen Potsdamer Platz und Eichborstraße.

Damen- Kleider **Herren- Paletots**

Gesellschaftskleider Ulster, Anzüge

Kostüme Smoking- und

Mäntel Gesellschafts- Anzüge

Gummimäntel Gummimäntel

vom Einfachsten bis zum Elegantesten.

Teilzahlung ohne Preiszuschlag gestattet!

Ware kann gegen Ausweis sofort mitgenommen werden.

Fertig und nach Maß!

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe

Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 1198

Filiale Westen, Wilmersdorf

Landhausstr. 4 — Tel. Pilsburg 9531

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfartikel

Ausführung sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Metallbetten

Stahlmattens., Kinderbetten etc. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Subl. Thür.

Der gute Kapitan-Kaufabak

ist in den meisten Drogengeschäften erhältlich

C. Röcker, Berlin

Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Gardinen

Sonderangebote - Käufe in Resten

Stores, Bettdecken, Madras- und Kaschmirgardinen.

Sonder-Gardinenverkauf!

Kraußstr. 57 am Ringbahnhal.

billigst.

Großer Vorrat.

Georg Wagner

Köpenicker Str. 71.

Kein Schaufenster-Reklame, unwesentlich billigere Preise

Nach dem amerikanischen System

kaufen Sie bei Bezahlung innerhalb 6 Wochen noch billiger wie anderwärts bei sofortiger Kasse!

Das amerikanische System ist eine Wohltat, behaupten Tausende von Kunden!

Sie bekommen bei uns einen

Wollen, gestreift, Herren-Homespun-Anzug für 33.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 3.- ab	Gabardine-Herren-Anzug Ersatz für Maß für 78.- zahlen Mk. 15.- an und jede Woche Mk. 10.- ab
Wollen, Nadelstreifen-Herren-Anzug blau, braun, grün für 40.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 5.- ab	Herren-Homespun-Mantel mod. Verarbeitung, Rückenfalt und Gurt für 28.- zahlen Mk. 8.- an und jede Woche Mk. 3.- ab
Haltbaren Herren-Gabardine-Anzug für 52.- zahlen Mk. 12.- an und jede Woche Mk. 5.- ab	Gabardine-Herren-Mantel mod. Verarbeitung, Rückenfalt und Gurt für 40.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 5.- ab

Bei sofortiger Bezahlung noch billiger! Maßanfertigung zu den gleichen Bedingungen

Schon bei Anzahlung kann Ware sofort mitgenommen werden. (Bei genügendem Ausweis.)

Bei Bezahlung innerhalb 4 Monaten werden die 20 Prozent Rabatt nicht abgezogen!

Bekleidungshaus G. m. b. H. nach amerikanischem System

Kottbuser Damm 28 Um Verwechselungen zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere Hausnummer!

Reinickendorfer Str. 70

Beim Einkauf von über Mk. 10.- wird bei Vorzeigung dieser Anzeile Mk. 1.- in Anrechnung gebracht.

Unsere Geschäftsräume befinden sich jetzt

Kraußstr. 57 am Ringbahnhal.

Bellevue-Str. 14.

Berlin W. 9.

Krapp Registrier Kassen

Photoapparate, Feldstecher

kaufen sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98